

St. Peters Bote,

die älteste deutsche katholische Zeitung in Saskatchewan, erscheint jeden Mittwoch in Muenster, Sask., und kostet bei Vorauszahlung:

\$2.00 pro Jahrgang Einzelne Nummern 5 Cts.

Aufhebungen werden berechnet zu 50 Cents pro Zoll einseitig für die erste Einrückung, 25 Cents pro Zoll für nachfolgende Einrückungen.

Kostenlos werden zu 10 Cents pro Seite wöchentlich bezogen.

Geschäftsanzeigen werden zu \$1.00 pro Zoll für 4 Insertionen, oder \$10.00 pro Zoll jährlich berechnet. Rabatt bei großen Aufträgen gewährt.

Jede nach Ansicht der Herausgeber für eine erschlaffende katholische Familienzeitung unpassende Anzeige wird unbedingt zurückgewiesen.

Man adressiere alle Briefe u.s.w. an ST. PETERS BOTE, Muenster, Sask., Canada.

St. Peters Bote.



Die erste deutsche katholische Zeitung Canadas, wird in Empfehlung des hochw. Bischofs Rascal von Prince Albert und des hochw. Erzbischofs Lanahan von St. Boniface, wöchentlich herausgegeben von den Benedictiner-Mönchen zu Münster, Sask., Canada.

17 Jahrgang, No. 8 Münster, Sask., Mittwoch, den 7. April 1920. Fortlaufende No. 840.

St. Peters Bote,

the oldest Catholic newspaper in Saskatchewan, is published every Wednesday at Muenster, Sask. It is an excellent advertising medium.

SUBSCRIPTION:

\$2.00 per year, payable in advance. Single numbers 5 cents.

ADVERTISING RATES:

Transient advertising 50 cents per inch for first insertion, 25 cents per inch for subsequent insertions. Reading notices 10 cents per line. Display advertising \$1.00 per inch for 4 insertions, \$10.00 per inch for one year. Discount on large contracts. Legal Notices 12 cts. per line non-rev. 1st insertion, 8 cts. later ones.

No advertisement admitted at any price, which the publishers consider unsuited to a Catholic family paper.

Address all communications to ST. PETERS BOTE, Muenster, Sask., Canada.

Zur Lage in Deutschland

Berlin. — Das neue Ministerium mit Hermann Müller als Reichskanzler ist am 29. März zum ersten Male vor dem Reichstage erschienen. Das ganze Ministerium wurde von allen Seiten sehr lauwarm aufgenommen, und die Ereignisse der nächsten Tage werden bestimmen ob das Müller-Kabinett bis zu den neuen Wahlen aushalten kann. Premierminister Müller begann sein Regierungsprogramm damit, daß er von der Passivität seines Vorgängers (Gustav Bauer) in militärischer Beziehung abwich, den radikalen Revolutionären in Weiskalen das Ultimatum zuschickte, daß sie die Waffen niederlegen müßten, und zu gleicher Zeit Truppen dorthin zusammenzuziehen. Da ein großer Teil der sogenannten roten Armee sich in der neutralen Zone befindet, in welche die deutsche Regierung keine Truppen bringen darf, so verlangt Frankreich, wie Kanzler Müller bekanntgab, das Recht, Frankfurt und Darmstadt zu besetzen. Die deutsche Regierung hat Frankreich geantwortet, daß sie die Besetzung der zwei Städte nicht zulassen kann als Preis dafür, daß sie die Erlaubnis erhalte, Truppen in die neutrale Zone rücken zu lassen, um die dortigen Aufständigen niederzuwerfen. Gleichzeitig mit den Forderungen Frankreichs lassen die Unabhängigen Sozialisten und die radikalen Elemente der Arbeitergewerkschaften die Drohung hören, daß ein neuer allgemeiner Streik eintreten würde, wenn die Regierung militärische Maßnahmen gegen die rote Armee ergreife, während die Radikalen im Ruhrdistrikt drohen, daß sie die Hochöfen in die Luft sprengen und die Bechen unter Wasser setzen würden. Die deutsche Regierung ist sehr entrüstet über Frankreichs Verhalten, das nach ihrer Meinung die revolutionären Elemente in Weiskalen ermutigt, dem Ultimatum der Regierung Trotz zu bieten. Sie vertritt den Standpunkt, daß die schnelle Beruhigung des Kohlen- und Industriegebiets im Ruhrtrale durch aus nötig sei, um Deutschland in den Stand zu setzen, seinen Friedensverpflichtungen nachzukommen, na mentlich was die Lieferung von Kohlen an Frankreich anbelangt.

Die deutsche Regierung gab Zusicherungen, daß sie nicht mehr reguläre Truppen in das Ruhrtrale senden wird, als das Abkommen von Versailles erlaubt, versicherte eine deutsche Abordnung dem französischen Premier Millerand, und daß ohne Zustimmung der Alliierten weitere Soldaten nicht dorthin geschickt würden. Millerand äußerte sich gegenüber Vertretern der französischen Presse, falls die Deutschen den Vertrag durch Entsendung einer starken Streitmacht in das Ruhrgebiet verletzen, so würden die Franzosen einen Teil der neutralen Zone besetzen, ob die Alliierten damit einverstanden sind oder nicht.

Der Generalstreik im Ruhrgebiet kam am 2. April zu Ende und die Arbeiter haben die Bedingungen der Regierung angenommen. Das neue Kabinett, welches Hermann Müller gegründet hat, setzt sich nach mancherlei Veränderungen zusammen wie folgt: Hermann Müller (Soz.), Kanzler und Minister des Innern; Schmidt (Soz.), Verkehrsminister; Gustav Bauer (Soz.), Finanzminister; Ed. David (Soz.), Minister ohne Portfeuille; Dr. Bell (Dem.), Verkehrsminister; Koch (Dem.), Finanzminister und Minister des Innern; Geßler (Dem.), Verkehrsminister; Dr. Blund (Dem.), Justizminister; Joh. Giesberts (Zentr.), Post- und Telegraphenminister; A. Hermes (Zentr.), Minister für Nahrungs- und Lebensmittelversorgung; Dr. Wirth (Zentr.), Schatzamtsminister. Die neue Ministerium, das wiederum eine Koalition von Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrumsleuten ist, hat der Gewerkschaftsverband seine Zustimmung gegeben. Das neue Ministerium weist, abgesehen vielleicht von Dr. Wirth, kaum einen einzigen wirklich starken Mann auf. Auch die Sozialdemokraten, die bei der Bildung des Kabinetts an erster Stelle in Betracht kommen, können nicht einen einzigen Mann von Bedeutung stellen.

London. Die Alliierten wollen 40,000 Armenier bewaffnen, damit sie sich ihrer türkischen Bedrücker erwehren können, erklärte Premier Lloyd George. Der Premier gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß Frankreich das Mandat über Armenien übernehmen werde. Er wiederholte, daß die türkische Krise durch den Verzug von Seiten der Ver. Staaten bei der Ratifizierung des Friedensvertrages herbeigeführt worden sei und durch die Weigerung Amerikas, das Mandat über Armenien anzunehmen.

Am 29. März wurde endgültig festgestellt, daß der frühere deutsche Kaiser nicht prozessiert werden wird. Lloyd George, der hierüber im Hause der Gemeinen befragt wurde, sagte, es würde ein zweckloses Unterfangen sein, einen Prozeß gegen den Ex-Kaiser zu führen, ohne daß dieser dabei zugegen sei.

helt damit die Sache für erledigt. Die Opposition beharrte aber darauf, daß zum mindesten eine zeitweilige Internationalisierung von Flensburg und der zweiten Zone vorgenommen werden soll. Daraufhin trat das Ministerium zurück, und das neue Kabinett unter Otto Liebe, einem Mann konservativer Richtung, versprach der Opposition, daß es die Durchsetzung der Forderungen derselben versuchen werde. Der Rücktritt des Ministeriums ist aber wieder der Arbeiterschaft nicht recht, und es kam zu Demonstrationen. Die Arbeiter verlangen ein erweitertes Wahlrecht, und planen als Protest gegen die Entlassung des Kabinetts eine allgemeinen Generalstreik.

Vom Ausland

Regina. 3060 Bushel Durum Weizen von der Raubanka Sorte werden hier eingeführt für Saat-zwecke. Es heißt, diese Weizenart soll der Trockenheit widerstehen und bessere Erträge in trockenen Gegenden bringen als in feuchten. Die Provinzialregierung hat 1100 Bu. dieses Weizens erworben und wird denselben an einzelne Farmer abgeben zum selben Preise wie Marquis Weizen.

Im nördlichen Teile der Provinz ist erster Futtermangel zu verzeichnen. Heu kostet \$35 bis \$42 die Tonne, Stroh von \$10 bis \$16 die Tonne. Mancherorts ist Futter so gut wie garnicht zu haben, und es heißt, daß einzelne, die im Besitz von Heu und Stroh sind, ganz übermäßige Preise verlangen und eine Profitgier bekunden die ins Unverstandene geht. Infolge des Futtermangels sind bereits Pferde und viel Vieh eingegangen. Das Vieh leidet durchweg an Unterernährung, und man befürchtet, daß wenn der Schnee von den Weideplätzen verschwindet und die Tiere über das alte Gras herfallen, noch weit mehr eingehen werden.

In Valen gepreßtes Stroh, das aus der Provinz Manitoba eingeführt wurde, hat große Mengen von Sandstücken und Canadastücken enthalten, so wird von der landwirtschaftlichen Abteilung der Provinzialregierung bekannt gegeben, der Proben dieses Strohes zwecks Untersuchung überhandt wurden. Farmer, die solches Stroh an ihr Vieh verfüttern, setzen sich der Gefahr aus, die Samen dieser Unkrauter auf ihrem Land zu verbreiten. Da in Manitoba kein Getreide besteht, das gegen die Verbreitung dieser Unkrauter gerichtet ist, hat man keine Handhabe um gegen die Lieferanten vorzugehen.

Der durch Brände im Jahre 1919 in der Provinz angerichtete Schaden beläuft sich auf insgesamt \$2,400,000, oder ca. \$150,000 mehr als in 1918. Der größte Schaden war im Monat Juni zu verzeichnen, als die Quaker Oats Mühle in Saskatoon abbrannte, was den Feuer-schaden für diesen Monat auf die hohe Summe von \$570,000 brachte. Die in 1919 durch Feuer zerstörten Gebäude hatten einen Wert von \$1,358,681.27; der Inhalt derselben \$789,308.27; die Getreide-Elevatoren hatten einen Schaden von \$202,684.51. Brände in Dörfern stehen mit dem angerichteten Schaden an

erster Stelle mit \$800,000; die Städte folgen mit \$670,000; größere Ortschaften mit \$227,000; die landl. Umzäunungen mit \$420,000. Swift Current. Vor dem hiesigen Provinzialgericht standen fünf Mennoniten und vor dem Polizeigericht in Blumenhof sechs weitere, weil sie ihre Kinder nicht in die öffentliche Schule schicken wollten. Sie wurden zu den üblichen Geldbuße von \$10 nebst Gerichtskosten verurteilt. Es wird bald ein Massenaustrag der Mennoniten nach Alabama eintreten, wo man ihnen Schulfreiheit gewährt.

British Columbia

Vancouver. Der Preis für Bauholz ist, wie kürzlich gemeldet wurde, bei den Sägemühlen um fünf Dollar pro tausend Fuß gefallen. Es scheint, als ob weitere Preisermäßigungen unvermeidlich sind. Als Ursache für diesen Preisrückgang wird angegeben, daß die „Canadian Railroad Association for National Defence“ den Verkauf von Bauholz nach den Ver. Staaten in den Küstendistrikten untersagt hat, es sei denn dasselbe wird in amerikanischen Eisenbahnwaggons verschifft. Dies ist gleichbedeutend mit einem Ausfuerverbot. Vor kurzem hatten sich die Verhältnisse für die Mühlenbesitzer so gestaltet, wie es ihnen am besten paßte. Die amerikanischen Käufer überboten immer die Händler in den Prärie-provinzen und die Folge war, daß der Preis für die geringste Qualität von Bauholz von den Mühlen von \$18 (vor dem Kriege) auf \$48 pro tausend Fuß getrieben wurde. Es herrscht in den Staaten großer Mangel an Eisenbahnwaggons. So glaubte man diese schwierige Lage am besten durch Bestellung aus Canada zur Überladung in canadischen Waggons überwinden zu können. Aber die canadischen Waggons kommen nicht zurück. Nahezu 20,000 sind immer halb der letzten vier Monate über die Grenze gegangen und die meisten sind noch dort.

Ontario

Ottawa. Die Behörde für Luftschiffahrt plant die Errichtung eines canadischen Flugzeugdienstes für Handelszwecke und militärische Verwendung. Wie verlautet, stehen als Kerntrupp für ein solches Korps hunderte von canadischen Fliegern mit Erfahrung über See zur Verfügung. Weitere Flieger könnten durch jährliche freiwillige Ausbildungs-lager in verschiedenen Teilen des Landes, ähnlich wie ein Militärlager, erlangt werden. Nach der Schätzung würde als erste Bewilligung eine Million Dollars nötig sein. Die Regierung besitzt bereits zahlreiche Aeroplane, andere werden durch die britischen Behörden hierher geschickt.

Ottawa. Deutsche und österreichische Kriegsgefangene, die während des Krieges in Canada interniert waren, werden, falls sie Arbeit geleistet haben, für diese Arbeit 25c pro Tag erhalten. Viele von solchen Leuten wurden für das Fällen von Bäumen in Wäldern, für das Bauen von Wegen am Spirit Lake in Quebec und viele auch zum Anfertigen von Holzbrettern herangezogen. Andere haben wieder an der Canadian National Railway in Ontario, Nova Scotia, New Brunswick und Prince Edward Island zu einer Zeit gearbeitet, als Arbeitskräfte schwer zu beschaffen waren.

Für diese Arbeit zahlten die Eisenbahnen 20c pro Stunde, abzüglich 50c pro Tag für Befestigung der Arbeiter, welche die Eisenbahn lieferte. Kriegsgefangene haben augenblicklich noch ein Guthaben von \$160,000, die demnächst zur Auszahlung gelangen sollen.

Washington. Der Kongreß wird sein möglichstes tun, einen gemeinsamen Beschluß zur Annahme zu bringen, in dem Frieden mit Deutschland erklärt wird. Sollte der Präsident den Beschluß ablehnen, so wird nach Ansicht der Republikaner ein Kongreß das Veto überstimmt werden können. Sollte sich der Präsident dem Willen des Kongresses nicht fügen wollen, so würde ein außerordentlich Zustand eintreten. Frieden würde bestehen, aber der Präsident könnte nicht gezwungen werden, den diplomatischen Verkehr mit Deutschland wiederherzustellen und Konsuln für dieses Land ernennen. Es heißt, daß der Präsident in Erwägung gezogen habe, dem amerikanischen Volk eine Votenschaft oder Erklärung zukommen zu lassen, in der er seine Pläne für die Zukunft — und die Wahlkampagne bekannt machen will. Im Repräsentantenhaus wurde von dem Republikaner Britten aus Illinois eine Vorlage eingebracht, die vorseht, daß ein Separatfrieden mit Deutschland und Oesterreich geschlossen und ein europäischer Handelsrat geschaffen werde. Dieser Handelsrat soll aus dem Präsidenten, dem Staatssekretär, Schatzamtssekretär, Handelssekretär und Arbeitssekretär bestehen und einen Plan für Wiederaufnahme des Handelsverkehrs mit europäischen Nationen ansarbeiten und dem Kongreß vorlegen.

Verenigte Staaten

Washington. Die hiesige polnische Gesandtschaft machte bekannt, daß Polen nur dann erst mit Rußland Frieden schließen werde, wenn ein in gehöriger Weise durch Wahl eingeleitetes russisches Parlament den Friedensvertrag ratifiziert habe. Die Friedensbedingungen, die Polen den russischen Vorschlägen gestellt hat, sind: Rußland muß der Souveränität über alle Gebiete, die es den verschiedenen Teilmengen Polens entnommen hat, entzogen und die Grenze zwischen Polen und Rußland muß wieder jene werden, die vor der ersten Teilung Polens im Jahre 1772 bestand. Die Gebiete zwischen der jetzigen östlichen Grenze Polens und der des Jahres 1772 und die Bevölkerung dieser Gebiete müssen unter polnische Schutzherrschaft fallen und das Volk muß das Recht haben, seine zukünftige nationale Zugehörigkeit durch Abstimmung zu entscheiden. Rußland muß die Unabhängigkeit aller Staaten an der westlichen Grenze, die tatsächlich bestehende Regierungen eingesetzt haben, anerkennen. Rußland muß alle Kunst- und literarischen Schätze, die es aus Polen fortgenommen hat, zurückstellen. Polen wird den Bezirk Smolensk besetzt halten, bis die Friedensbedingungen erfüllt worden sind.

Die Resolution, welche Beendigung des Kriegszustandes zwischen den Ver. Staaten und Deutschland vorseht, wurde am 31. März im Hause unterbreitet und es ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß sie baldigst angenommen werden wird. Man hatte anfänglich beabsichtigt, die Friedensresolution am Karfreitag, dem dritten Jahrestag der Kriegserklärung gegen Deutschland, anzunehmen, demokratische Führer aber erachteten um mehr Zeit, damit sie Gründe für ihre Opposition gegen diese Maßnahme aufzählen konnten. Die republikanische Mehrheit des Hauses ist entschlossen, den Frieden durch eine Resolution herbeizuführen.

Präsident Wilsons Mexiko-Politik

Henry Lane Wilson, der ehemalige Botschafter bei Mexiko, erklärte in einem Vortrag in Chicago, daß Präsident Wilsons Politik für die seit Jahren in Mexiko bestehende Anarchie verantwortlich sei und die direkte Ursache von Staatssekretär Lanfings Rücktritt war. Die Präsidenten Diaz und Huerta, sagte der Redner, hatten sich bemüht, Mexiko durch eine allmähliche Entwicklung zu festigen, aber die Madero-Revolution vertrieb den ersten und Präsident Wilsons Weigerung, ihn anzuerkennen, nahm Huerta die Gelegenheit, seine Pläne durchzuführen. Die Annahme, daß Wilson für Freiheit gekämpft haben, ist ein Irrtum, sagte Lane bei. Mexikaner legen Freiheit als Ziellosigkeit aus und der Kampf ging darum stets um Beute. Präsident (Fortsetzung auf Seite 8.)

Washington. Das Repräsentantenhaus hat mit 246 gegen 92 Stimmen eine Aimee-Reorganisations-Vorlage passiert, welche die Friedensstärke der Armee auf 299,000 Mann und 17,800 Offiziere festsetzt. Die Maßregel liegt jetzt dem Senat vor. Versuche von Seiten des Repräsentantenhaus, die autorisierte Stärke schätzungsweise auf 225,000 Mann und 14,000 Offiziere festzusetzen, wie etwa vor dem Kriege wurde mit 222 gegen 115 Stimmen vereitelt.

Chicago. Nach nichtamtlichen Zensusberechnungen enthält die Bevölkerung Chicagos 67 Prozent Eingewanderte unter seinen 2,884,827 Einwohnern. Von diesen stehen der Zahl nach die Deutschen an erster Stelle mit einer Gesamtzahl von 408,705 oder 14 Prozent. Die zweitgrößte Gruppe Eingewandeter sind Polen mit einer Volkszahl von 288,482. An dritter Stelle kommen die Russen mit 201,837 Seelen während die Irländer mit 173,089 an vierter Stelle stehen. Ungefähr 940,450 Chicagoer sind weiße Eingewanderte, und 144,240 oder 5 Prozent geborene Amerikaner gehören der schwarzen Rasse an.

Ein Orkan hat in der vorletzten Sonntagnacht in Illinois, Ohio, Indiana, Michigan, Georgia u. s. w. schweren Schaden angerichtet und etwa 160 Menschenleben gefordert. In zahlreichen Städten wurden gan-

St. Peters Bote,

the oldest Catholic newspaper in Saskatchewan, is published every Wednesday at Muenster, Sask. It is an excellent advertising medium.

SUBSCRIPTION: \$2.00 per year, payable in advance. Single numbers 5 cents.

ADVERTISING RATES: Transient advertising 50 cents per inch for first insertion, 25 cents per inch for subsequent insertions. Reading notices 10 cents per line. Display advertising \$1.00 per inch for 4 insertions, \$10.00 per inch for one year. Discount on large contracts. Legal Notices 12 cts. per line non-rev. 1st insertion, 8 cts. later ones.

No advertisement admitted at any price, which the publishers consider unsuited to a Catholic family paper.

Address all communications to ST. PETERS BOTE, Muenster, Sask., Canada.